

Eröffnung zur Tagung “Arbeitsverhältnisse der Zukunft. Gewerkschaften – Migration – Frauen”

Liebe Kolleginnen, liebe Freunde,

kennt Ihr, kennen Sie heute jemanden, der einen Normalarbeitstag mit 3-Stunden-Schichten fordert und eine Wochenarbeitszeit von 15 Stunden? Eine solche Zukunft wurde uns vor 70 Jahren als möglich vorausgesagt von keinem geringeren als John Maynard Keynes. In seinem Aufsatz von 1930 “Ökonomische Möglichkeiten für unsere Enkelkinder” sah er dieses Ziel – vorausgesetzt es treten keine größeren Katastrophen und Kriege ein - in nur einer Generation verwirklichtbar, also in ca. 25 Jahren. Die gewaltigen Wachstumserfolge und Produktivitätsfortschritte des Kapitalismus zu seiner Zeit – z.B. die Verbreitung von Eisenbahnen und Elektrizität vor dem Ersten Weltkrieg, der beginnende Siegeszug des Automobils danach – veranlassten Keynes zu solchem Optimismus.

Die gesellschaftliche Hegemonie heute sieht anders aus: Heute, fast drei Generationen später und materiell um das Vielfache reicher, scheinen wir viel ärmer zu sein und herrscht verbreiteter Pessimismus. Wir sollen in schläfrig machendem Anspruchsdenken über unsere Verhältnisse gelebt haben, verantwortlich sein für verkrustete Strukturen auf dem Arbeitsmarkt und damit die hohe Erwerbslosigkeit selbst verschuldet haben. Die Botschaft lautet, dass dem nur mit strikten Sparkursen begegnet werden kann, mit einem Aufknüpfen des sozialen Netzes um so Anreize für Leistung zu generieren, um Leistung wieder lohnend zu machen. Wettbewerbsdenken auf allen Ebenen soll die Trägheiten und Verkrustungen überwinden: Wettbewerb nicht nur zwischen verschiedenen Unternehmen einer Branche sondern auch auf der betrieblichen Ebene, indem Gruppen oder Abteilungen innerhalb eines Unternehmens miteinander konkurrieren, und natürlich im Wettbewerbskorporatismus auf nationaler Ebene, auf der die Tarifpartner – in der Bundesrepublik im “Bündnis für Arbeit” – zusammengeschweißt werden sollen, um im globalen Konkurrenzkampf gemeinsam bestehen zu können. In den Gewerkschaften ist das “Bündnis für Arbeit” umstritten. Die IG-Medien ist bereits ausgestiegen und die HBV ist inzwischen gefolgt. Durchaus berechtigt wird aber von GewerkschaftssekretärInnen der ausgestiegenen Gewerkschaften gefragt: Was ist die Alternative der Gewerkschaften zum “Bündnis für Arbeit”?

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung interessiert sich für solche Fragen und beteiligt sich an Zukunftsdiskussionen auf verschiedenen strategischen Linien:

Die Alternative Zukunftskommission der Stiftung arbeitet an einem Bericht “Selbstbestimmung und Soziale Sicherheit”, der eine Alternative zu bereits vorgelegten Berichten bieten will. Die Berichte zum Beispiel der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen spalten mit ihren Vorschlägen zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft mit Niedriglohnsektor, subventionierten Löhnen oder Bürgergeld den Arbeitsmarkt, nehmen neue Hierarchien zwischen Ethnien und Geschlechtern in Kauf und zementieren alte. Anreize zu Leistung und dynamische Impulse sollen – wie eben beschrieben - bei diesen Vorschlägen durch den Zwang zur Sicherung des Lebensunterhalt entstehen, der durch die Beschneidung der sozialen Sicherungssysteme erzeugt wird. Im entstehenden Bericht der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung dagegen wird Sicherheit gerade als Voraussetzung für die Entfaltung von Fähigkeiten, für Lust am Arbeiten und Experimentieren gesehen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt außerdem ein Projekt zur Beobachtung und Analyse neoliberaler Diskurse und Diskursnetzwerke vor allem in den sogenannten neoliberalen think tanks. Gesellschaftliche Hegemonie wird über Diskurse beeinflusst und hergestellt, und durch eine Analyse der neoliberalen Netzwerke erhoffen wir uns Aufschluss

über deren Begriffspolitik und zentrale Themenfelder, die gegenwärtig und zukünftig umkämpft sein werden.

Gearbeitet wird an Projekten zu regionalen Wirtschaftskreisläufen, insbesondere unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit, aber auch an internationalen. Hierzu zählt zum Beispiel der Projektansatz "Human Right's Work and Trade Union Movement", den wir zusammen mit dem DGB-Bildungswerk Thüringen und antifaschistischen, Bürgerrechts- und Gewerkschaftsaktivisten aus Osteuropa (Polen, Tschechien, Ungarn) entwickeln. Der gemeinsame Antrieb ist dabei der Versuch einer Neudefinition von Solidarität.

Ein Austausch mit internationalen Netzwerken fand beim "Interkontinentalen Forum Gerechtigkeit oder Barbarei" Anfang Oktober in Berlin statt und global war die Sicht auch im Januar 2000 bei einer bundesweiten Tagung, die den Titel "Globalisierung und Geschlecht. Anforderungen an feministische Strategien und Perspektiven" trug und mit der die Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Thema "Geschlechterverhältnisse" startete. Damals wurde diskutiert, welche Rolle Geschlecht im global play weltweit spielt, welche Chancen und Risiken der Globalisierungsprozess für den Lebensalltag von Frauen und Männern mit sich bringt und welche feministischen Handlungsstrategien sich auf der Grundlage ergeben, dass zentrale Forderungen der westdeutschen Frauenbewegung mittlerweile in den Kanon neoliberaler Politik eingeflossen sind. Seitdem fanden zahlreiche Bildungsveranstaltungen statt, die den Anspruch der Stiftung, nämlich Geschlecht nicht ohne Klassen- und rassistische Verhältnisse zu denken auf deren oft beweglichen und widersprüchlichen Charakter zu verweisen, weitertrugen.

Mit ihren Aktivitäten will die RLS sich für ein Menschenbild einsetzen, das den und die einzelne nicht als ihres eigenen Glückes Schmied durch die ungehinderte Durchsetzung der eigenen Interessen sieht. Individuelle Freiheit ist nur unter der Voraussetzung der Freiheit aller möglich. Wir sind deswegen an Auseinandersetzungen interessiert, wie in einer Welt, die materiell noch nie so reich war wie heute (auch abzüglich des existierenden Destruktionspotentials) Chancen, Arbeit und Lebensglück möglichst gleichmäßig zwischen Männern und Frauen und den Regionen dieser Erde verteilt werden können, so dass Menschen sich in der Lage sehen, an gesellschaftlichen Gestaltungsprozessen teilzuhaben und ihre Interessen solidarisch vertreten können.

"Was heißt Solidarität heute?" - dies ist für uns die zentrale Frage dieser Tagung.

Bei aller Kritik an fremdenfeindlichen und patriarchalen Haltungen hat die traditionelle Arbeiterbewegung durch ein gemeinsames Klasseninteresse und Solidaritätsverständnis ihre Stärke erhalten und einsetzen können. In der Vergangenheit standen zunächst der Gedanke des Klassenkampfes im Vordergrund und mußten grundlegende Rechte und Sicherheiten gemeinsam erst erstritten werden. Im späteren Wohlfahrtsstaat war ein gemeinsames Umverteilungsziel starkes Bindeglied. Heute ist ein gemeinsames, verbindendes Interesse schwer zu definieren.

Die unterschiedlichen Interessen derer, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, ob als Lohnabhängige oder Arbeitssuchende oder als formal Selbständige, sind kaum in solidarischer Interessenvertretung unter einen Hut zu bringen. Auf dem Arbeitsmarkt stehen sich nicht mehr nur Arbeitskraft und Kapital gegenüber, sondern auch und in zunehmendem Maße Arbeitskräfte, die in Konkurrenz zueinander treten. Allzu oft scheut man sich, diesen täglich zu beobachtenden Fakt zu benennen und dessen weitreichende Konsequenzen zu akzeptieren. Trotz aller Appelle an gewerkschaftliche Solidarität und internationalistische Gesinnung muss konstatiert werden, dass die Verschärfung dieser Seite der Arbeitsmarktkonkurrenz zu einem entscheidenden Machtfaktor in den aktuellen Auseinandersetzungen geworden ist. Wirksame Strategien gegen diese Tendenzen wurden bisher nicht gefunden.

Noch komplizierter wird die Sache, wenn es um eine Gesamtschau auf die Interessenlagen verschiedener Gruppen von Beschäftigten geht. Ladenschluss und Behördenöffnungszeiten, Öffnungszeiten von Kitas und Schulhorten, "Kundenorientierung" und Leistungsbewertung im Öffentlichen Dienst – in all diesen Punkten kollidieren im Alltag nicht nur die Ansprüche von Kapital und Arbeit, sondern die von jeweils in unterschiedlicher Weise betroffenen lohnabhängig Beschäftigten. Muß der Mensch am Sonntag einkaufen gehen – oder am Wochentag nach 21 Uhr? Müssen das Arbeitsamt, die Kita-Kostenstelle usw. nach 17 Uhr geöffnet sein? Sind die hochqualifizierte Betriebswirtin und der Chefarzt so unentbehrlich, dass sie 60 Stunden pro Woche arbeiten müssen und dafür MigrantInnen für Haushalt und Kinder brauchen? Ist Flexibilität der entscheidende Wert, dem sich alles unterzuordnen hat oder ist er es nicht?

An diesen Beispielen aus einem zentralen Bereich der Arbeitsverhältnisse, der Arbeitszeitfrage, zeigt sich das zentrale Problem – das Normalarbeitsverhältnis, das auch zu seinen Hochzeiten nur für Männer vorherrschend war, wird nicht einfach durch die Ansprüche des Kapitals an die Verwertung der Arbeitskraft in Frage gestellt, es sind in der Gesellschaft insgesamt Prozesse abgelaufen, die sein Infragestellen auf einen fruchtbaren Boden haben fallen lassen.

Wie also kann unter solchen Bedingungen der Solidaritätsbegriff neu gefaßt werden? - auf diese Frage würden wir die Diskussion heute gerne konzentrieren. Dazu sind verschiedene linke, nach links offene, gewerkschaftliche und gewerkschaftskritische linke Positionen hier vertreten. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung, die es als parteinahe, aus Bundesmitteln geförderte Stiftung erst seit einem Jahr gibt, hat mit dieser Tagung in zweierlei Richtung einen Schritt nach vorn gemacht: Dies ist die erste etwas größere Veranstaltung im Gewerkschaftsbereich - im Migrationsbereich und bzgl Geschlechterverhältnisse sind wir schon etwas weiter -, zweitens ist dies abgesehen von kleineren Abendveranstaltungen und Seminaren die erste größere Tagung im Westen. Es werden weitere folgen: darunter am 2./3. Dezember in Bremen "Out of this world. Science fiction, Politik, Utopie", und einige im nächsten Jahr, darunter eine von uns bisher als Küstenkonferenz bezeichnete Tagung zu Regionalökonomie und Beschäftigung in europäischen Nord- und Ostsee-Hafenregionen, bei der natürlich auch die querliegenden Probleme Migration und Geschlechterverhältnisse und damit die Ergebnisse dieser Tagung Eingang finden sollen. Diese Tagung wird vermutlich im Juni stattfinden und wir hoffen, wieder die heutigen Mitveranstalter AKU, Regenbogen und Sozialismus sowie weitere Partnerinnen zu gewinnen.

Die Vorbereitung mit AKU, Regenbogen und Sozialismus war trotz der Schwierigkeiten innerhalb der Hamburger Linken und speziell der PDS auch über die Distanz Hamburg-Berlin hinweg sehr konstruktiv und kollegial. Sie macht uns Lust auf gemeinsame weitere Projekte und hat wieder einmal bestätigt, dass bei der gemeinsamen Arbeit an einem Thema unterschiedliche Herangehensweisen und Ausgangspositionen sehr produktiv sein können. An dieser Stelle möchte ich den KollegInnen auch im Namen der Rosa-Luxemburg-Stiftung daher sehr herzlich danken.

Für die vor uns liegenden eineinhalb Tage wünsche ich uns nun anregende Informationen über die real existierenden konkurrierenden Interessen und eine Kontroverse in Solidarität. Deshalb starten wir jetzt direkt mit einem Streitgespräch.